

Endspurt!

Nur **DIE LINKE.** macht das Land gerecht.

Der Wahlkampf läuft in die Zielgerade. Alle wissen: Es ist eine Richtungsentscheidung. Die Umfrageinstitute sehen die SPD vorn. Doch ob Scholz mit der CDU, mit FDP und Grünen oder mit Grünen und LINKE zusammen regiert, macht den Unterschied ums Ganze. Die Träumereien der SPD von einer Regierung nur mit den Grünen sind Fake News. Ein Zweier-Bündnis kann die SPD nur mit der CDU eingehen. Was in dieser Konstellation (nicht) möglich ist haben die letzten 8 Jahre »Groko« gezeigt. Dazu kommt: Ohne Veränderung wird es schlimmer werden. Die Kosten für Coronakrise und Klimaschutz muss jemand zahlen. Die Pläne von Unternehmerverbänden und Lobbyisten dafür sind klar – sie wollen massiven Sozialabbau und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. Die LINKE hält dagegen. Wir sind die Versicherung dafür, dass es Menschen mit weniger Geld nicht wieder unter die Räder kommen.

SPD und Grüne bleiben in vielem unbestimmt, was die Zukunft von Millionen Menschen entscheiden wird:

■ **SPD und Grüne** versprechen **Investitionen** in Klimaschutz und öffentliche Daseinsvorsorge. Wie sie finanzieren wollen bleibt offen. Im Wahlkampf sind ihre Forderung nach einer **Vermögenssteuer** zum »Prüfauftrag« heruntergestuft worden. Scholz verspricht (in Richtung FDP), dass es »überwiegend um privatwirtschaftliche Investitionen« gehe. Das freut die **FDP**, die festlegen will, dass 25 Prozent

des Bundeshaushaltes »investiert«, also der Wirtschaft übergeben werden sollen. Die Grünen wollen für Klimaschutz-Investitionen die »Spielräume der Wirtschaft« erweitern, also Steuern senken. Nachdem in den vergangenen 30 Jahren die Konzernsteuern bereits halbiert wurden. So lässt sich die Ungleichheit nicht bekämpfen und Klimaschutz nicht sozial machen. SPD und Grüne wollen Investitionen über Kredite ermöglichen und aus der **Schuldenbremse** ausnehmen. Die FDP will das nicht. **Alle Versprechen von SPD und Grünen stehen unter Haushaltsvorbehalt, denn sie sagen nicht, wie sie sie bezahlen wollen.**

■ Nur mit der **LINKE** gibt es eine **Vermögenssteuer für Multi-Millionäre, um Soziales, Bildung und Klimaschutz gerecht zu finanzieren.** Ohne Vermögenssteuer gibt es keinen entschlossenen und sozial gerechten Klimaschutz. DIE LINKE hat ein durchgerechnetes Programm vorgelegt. Wir bauen den enormen Investitionsstau innerhalb der kommenden Jahre ab: 120 Mrd. Euro/Jahr an öffentlichen Investitionen, davon 12 Mrd./Jahr in die **Energie-wende**, 15 Mrd. für Ausbau und **kostenfreien ÖPNV**, 58 Mrd. in **Bildung** einschließlich mehr Lehrkräfte, mehr Erzieher*innen und gebührenfreie Kitas. 15 Mrd. für bezahlbare **Wohnungen**. Wir schaffen 250 000 Sozialwohnungen im Jahr und 130 000 kommunale Wohnungen. Zusammen mit dem **Mietendeckel** macht das den Alltag für Millionen Menschen leichter.

Damit der Umbau der Mobilitätsbranche nicht auf Kosten der Beschäftigten geht, schaffen wir einen **20 Mrd-Rettungsschirm** und ein **1-Million-Jobs-Programm**: Mehr Personal in Schulen, Kitas und Pflege, in ÖPNV und Schienen(fahrzeug)-Produktion und Erneuerbaren Energien. Im Alltag haben viele Menschen das Gefühl, dass sie von »der Politik« allein gelassen werden, dass der soziale Zusammenhalt nicht mehr funktioniert. Das geht besser. Wenn wir den Umbau nicht mehr dem Markt überlassen.

■ Die **SPD** plakatiert »sichere **Renten**«, will aber weder am Rentenniveau von 48 Prozent noch an der Rente erst ab 67 etwas ändern. Die **Grünen** haben die Renten in ihrem gestern (19.9.) verabschiedeten »Sofortprogramm« nicht mal erwähnt. Die FDP will das Renteneintrittsalter weiter erhöhen. »Sicher« ist so für Millionen Rentner*innen nur die Altersarmut.

■ SPD und Grüne behauptet, aus den Fehlern der Agenda2010 gelernt zu haben, aber **Hartz IV** wollen die Grünen gerade mal um 50 Euro erhöhen (auf 499 Euro, notwendig wären mindestens 658 Euro), die SPD will es in Zukunft Bürgergeld nennen – ohne konkrete Aussagen zu Höhe. Die Sanktionen, also Kürzungen, sollen grundsätzlich bleiben.

■ **SPD und Grüne** äußern sich zwar immer mal wieder kritisch zu den **Fallpauschalen**, nach denen die Krankenhäuser finanziert werden.

Im Wahlkampf ist es um das Thema still geworden, obwohl der Pflegenotstand jedes Jahr tausende vermeidbare Todesfälle in den Krankenhäusern verursacht (schon vor Corona) und ein »Pflexit« droht. Die SPD will die Fallpauschalen »prüfen«, Grüne wollen sie mit Strukturfinanzierung verbinden. Beide Parteien sprechen von einer Bürgerversicherung, als konkrete Schritte wird aber nur benannt, die Basis-Tarife zu verbessern und Beamten beihilfefähige Tarife anzubieten. Im **Sofortprogramm der Grünen** kommt Gesundheit, **Pflege** oder Krankenhäuser gar **nicht vor**. Die **FDP** will mehr Wettbewerb zwischen den Krankenkassen, keine Personaluntergrenzen, keine Beschränkung der Zeitarbeit in der Pflege.

■ SPD und Grüne tun sich schwer mit der Regulierung der **Mieten**. Die Grünen wollen im Sofortprogramm eine jährliche Mietsteigerung von 2,5 Prozent und eine Modernisierungsumlage von 1,50 Euro/qm. SPD und Grüne wollen auf dem Papier 100 000 zusätzliche Sozialwohnungen im Jahr schaffen – 5 Millionen fehlen. Scholz fällt zum Wohnungsmarkt nur »bauen, bauen, bauen« ein. Die Luxuswohnungen, die dabei entstehen, kann man in Hamburg anschauen. Die FDP will die Steuerabschreibungen für Wohnungsbauinvestitionen verbessern, eine Deckelung der Mieten verhindern und sogar die zahme Mietpreisbremse wieder abschaffen.

SPD und Grüne »blinken« Richtung Ampel, zu Lindners FDP – das ist eine Täuschung der Wählerinnen und Wählern, denen sie soziale Gerechtigkeit versprechen. Denn sie wissen: einen deutlich höheren Mindestlohn, bezahlbare Mieten und armutsfeste Renten, die Bürgerversicherung, eine Vermögenssteuer und den Kohleausstieg 2030 wird es mit der Ampel, einer neuen GroKo oder Jamaika niemals geben.

DIE LINKE macht den Unterschied. Wir sind der Garant für soziale Sicherheit und Klimagerechtigkeit. Wir sind die Stimme des Ostens und kämpfen für eine solidarische Gesellschaft.

Fünf Punkte, die den Unterschied machen:

1. Eine Gute-Löhne-Regierung gibt es nur mit der Linken.

25 Millionen Arbeitnehmer – zwei Drittel aller Beschäftigten! – arbeiten für weniger als 20 Euro die Stunde, 12 Millionen unter 13 Euro. Wir brauchen höhere Löhne, die es nur mit der Linken geben wird. 13 Euro Mindestlohn. Wir wollen Tarifverträge stärken, Tariffucht bekämpfen, die sachgrundlose Befristung abschaffen. Leiharbeit und Minijobs in sichere Arbeit umwandeln.

2. Für armutsfeste Renten. Mindestrente von 1 200 Euro. Alle zahlen ein.

Millionen Gering- und Normalverdienende, besonders Frauen und die Generationen unter 35 sind von Altersarmut bedroht. Schon jetzt liegen 80 Prozent der Renten unter 1 500 Euro. Nur mit einem höheren Rentenniveau gibt es eine Rente, die zum Leben reicht. Nur DIE LINKE will die Rente mit 67 wieder zurücknehmen und das Rentenniveau erhöhen. Wir werden die Ostrenten sofort angleichen. Österreich zeigt: Das ist gerecht und stabil finanzierbar. Dort zahlen alle Bürger in die gesetzliche Rente ein – auch Abgeordnete, Unternehmer und Beamte – und die Renten sind durchschnittlich 800 Euro höher.

3. Mit der Vermögensteuer für Multi-Millionäre.

DIE LINKE will Steuergerechtigkeit durchsetzen. Alle, die unter 6 500 Euro brutto verdienen, wollen wir entlasten. Durchschnittsverdiener haben 100 Euro netto mehr im Monat, Familien rund 500 Euro. Für Multi-Millionäre wollen wir die Vermögensteuer wieder einführen – um Klimaschutz, Bildung, Wohnungsbau und Pflege gerecht zu finanzieren.

4. Mit dem bundesweiten Mietendeckel. Mieten senken!

Nur DIE LINKEN will einen Mietestopp und Mietsenkungen in Kommunen mit explodierenden Mietpreisen durchsetzen. In den besonders betroffenen Stadtteilen profitiert davon jede vierte Familie. Mit 15 Milliarden Investitionen wollen wir

pro Jahr über 250 000 dauerhaft bezahlbare, klimafreundliche Wohnungen in öffentlicher und genossenschaftlicher Hand schaffen.

5. Mit der solidarischen Bürgerversicherung und mehr Personal in der Pflege

Klatschen reicht nicht. Wir wollen die wertvolle und harte Arbeit in der Pflege endlich besser bezahlen: 500 Euro mehr/pro Monat für alle Pflegekräfte. Mit einem Sofortprogramm für Ausbildung und Aufwertung, das den Beruf attraktiver macht, wollen wir 100 000 zusätzliche, gut bezahlte Stellen schaffen. Wir setzen den Einstieg in die solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung durch. Nur so können Leistungskürzungen nach der Pandemie verhindert und die Versicherungsbeiträge auf 12 Prozent gesenkt werden, Zuzahlungen und (Pflege-)Eigenanteile entfallen.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zweck des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

DIE LINKE Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de, kontakt@die-linke.de

DIE LINKE.